

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 31

Telefon: 20951

spd/II/32

Hannover, 22.4.1947

## Sozialistische Verpflichtung

F.S. Die SPD ist nun auch nach der Zahl die stärkste Partei in der britisch besetzten Zone Deutschlands und ist es mit beträchtlichem Abstand vor der CDU. Das ist das Ergebnis der Wahlen vom 20. April 1947, das niemand übersehen kann, der sich anschickt, in diesen wichtigen Teil Deutschlands und damit zugleich im Blick auf das ganze Reich praktische Politik zu treiben. 3,13 Millionen Stimmen wurden in den drei Ländern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen für die SPD abgegeben und 2,74 Millionen für die CDU. Dabei fehlen in dieser Gegenüberstellung Hamburg und Bremen, die bereits am 13. Oktober 1946 ihre Parlamente gewählt haben und ebenfalls beträchtliche SPD-Mehrheiten aufweisen. Die dritte Partei nach der Stimmenzahl ist in Nordwestdeutschland die KPD mit 891 000 Wählern. Sie folgt also erst in weitem Abstand. Den 172 Mandaten der SPD stehen 145 der CDU und 36 der KPD gegenüber. Das ist der mathematische Ausdruck der politischen Entscheidung, die jetzt gefällt wurde und deren Bedeutung nicht nur jenen Teil Deutschlands einbegreift, der von britischen Truppen besetzt ist, sondern die zugleich die politische Situation im ganzen Reich entscheidend beeinflusst, innenpolitisch und nach außen. Die Stimmenzahlen der übrigen Parteien, des Zentrums mit 590 000 Wählern, der Demokratischen Partei Deutschlands mit 569 000 und der regional begrenzten Niedersächsischen Landespartei mit 442 000 Stimmen ändern das Bild nicht.

Diese gesamtpolitische Bilanz wird umso eindrucksvoller, wenn man beachtet, daß die SPD in Niedersachsen ihren Stimmenanteil von 42,1 Prozent auf 44, in Schleswig-Holstein gar von 41,2 Prozent auf 44,4 erhöhen konnte. In Nordrhein-Westfalen ging er von 33,6 Prozent zwar auf 32 zurück, aber der der CDU, der in Niedersachsen und Schleswig-Holstein jeweils um mehrere Prozente senk, fiel in Nordrhein-Westfalen von 46 auf 37,5 Prozent, also um fast zwanzig von Hundert. Das ist eine alarmierende Tatsache. Dabei hatte die SPD im Wahlkampf den Mittelpunkt der Angriffe von rechts und links gebildet. Die CDU vertieg sich in

einen Flugblatt zu der Behauptung, seit zwei Jahren werde Deutschland sozialdemokratisch regiert und der Hunger sei die Folge, kein Wunder, da Schumacher in England die deutschen Wälder verkauft habe. Von links her klang es ähnlich hemmungslos, verleumderisch und ohne Verantwortung für die Wähler und die demokratische Verpflichtung, unter der diese ersten Landeswahlen in besonderem Maße standen. "Hunger-Wahlen" war ein bezeichnender Ausdruck für diese Entscheidung, die naturgemäß dem Radikalismus auf beiden Seiten manche Chance bot, dem eingewurzelt Nationalismus von rechts und dem neudeutschen Nationalkommunismus von links.

Dennoch verstärkte die SPD ihre Positionen, weil sich das deutsche Volk trotz Not, Hunger und Verzweiflung nicht vom Wege der Vernunft und der Politik des beharrlichen Willens zur Verständigung und zum Neubau des Reiches abbringen lassen will, eine nach allen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte nur zu verständliche Einstellung. Dieses Bekenntnis zur Politik des guten Willens und zur Politik der Erneuerung Deutschlands sollte jenseits der deutschen Grenzen in seiner ganzen Tragweite erkannt werden und niemand sollte die Verpflichtung übersehen, die daraus für die Mächte entsteht, die de jure und de facto Deutschland regieren. Der Stimmengewinn der Kommunisten in Nordrhein-Westfalen, wo sie ihren Anteil von 9,4 auf 14 Prozent zu steigern vermochten (in Niedersachsen betrug die Steigerung nur 0,6 Prozent und in Schleswig-Holstein fiel der Anteil gar), sollte als das gewertet werden was er ist, als ein Protest gegen den Hunger, der als Folge der von den verantwortlichen Besatzungsmächten betriebenen Politik in Deutschland entstand und sich überall ausbreitete. Ein politisches Bekenntnis liegt in diesen kommunistischen Stimmen nicht, sie haben kein Gewicht, das außenpolitisch gewertet werden müßte.

Der Wahlkampf ist in der gesamten Zone von den Parteien der Rechten mit Parolen gegen Sozialisierung und Bodenreform geführt worden. Die Wähler sind diesen Parolen nicht gefolgt und haben den Aufbau einer Front gegen den Sozialismus nicht gestattet, umso weniger, als sie nach den Wahlreden und der Haltung mancher Kandidaten der CDU den Eindruck gewinnen konnten, daß auch diese Partei bereit sei, den Weg zu einer neuen Wirtschaftsordnung in Deutschland zu betreten. Das war freilich ein Irrtum, aber er beleuchtet die Zerrissenheit der CDU, deren tiefgreifende Krise von niemand mehr geleugnet werden kann! Die Abkehr von der CDU und die Hinwendung beschtlicher Teile der Wähler zum Zentrum, das den Wahlkampf nur mit zahlenmäßig schwachen Kräften bestritt, muß ebenfalls als ein Ja gegenüber der Forderung nach Sozialisierung gewertet werden. Hier liegt die Verpflichtung, die die Wähler in der britisch besetzten Zone den neuen Landtagen auferlegt haben und der die Parlamente und die Volksvertreter sich nicht mehr entziehen können. Es wurde nichts mit dem "Ruck nach rechts", den zahlreiche Redner der CDU und in Niedersachsen besonders auch der NLP offen als das Ziel des Wahlkampfes priesen. Sie alle müssen erkennen, daß Sozialisierung und Bodenreform zwei unausweichliche Aufgaben sind, die nun gelöst werden müssen.

Wenn der Start gelingen soll, so muß freilich auch die Besatzungsmacht ihren Anteil beitragen und muß den Weg freigeben für eine echte Selbstverantwortung der deutschen Parlamente, die die höchste Legitimation besitzen, die ein Demokrat anerkennt, den Auftrag des Volkes. Das deutsche Volk will die alte Wirtschaftsordnung nicht mehr. Das hat es nun eindeutig bekundet und das wird umso klarer, wenn man die politischen Kräfte im gesamten Deutschland wägt, auch die im Osten, wo der demokratische Wille, wäre er aller Bindungen ledig, den Triumph der Sozialdemokratie im Westen einen neuen wichtigen Beitrag hinzufügen würde. Jetzt gilt es, daß die Landtage so handeln, wie sie es als Treuhänder des ganzen deutschen Volkes tun müssen, dessen einzige nationale Chance die Entwicklung aller wirtschaftlichen Kräfte, eine demokratische Wirtschaft ist. Das aber bedeutet eine neue Organisation und Struktur der Produktionskräfte in Industrie und Landwirtschaft. Das Elend in Deutschland, das Chaos und die Ohnmacht seiner Wirtschaft verlangen Taten und den Mut zum Neubau, sie gestatten kein Flickwerk.

Wir weisen auf den besonders instruktiven Charakter dieses Ueberblicks über die Verfassungssituation in der amerikanisch besetzten Zone nachdrücklich hin. (Die Redaktion)

### Süddeutsche Politik

#### Die Rolle des "parlamentarischen Beirates"

Von Wilh. Knothe, 1. Vorsitzender der SPD in Groß-Hessen

Die Auffassung der amerikanischen Besatzungsmacht über die Entwicklung der Demokratie in der von ihr besetzten Zone kam zum Ausdruck in der Vornahme politischer Willensbekundungen in den Gemeinden, Kreisen, kreisfreien Städten und Ländern. Den von der Militärregierung eingesetzten Ministerpräsidenten der Länder wurde gemäß Artikel 3 der Proklamation Nr. 2 des Generals Eisenhower von 19.9.45 gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt übertragen, vorbehaltlich der übergeordneten Machtbefugnis der Militärregierung. Ende des Jahres 1946 wurden in diesen drei Ländern die durch die vorher gewählten verfassungsberatenden Landesversammlungen erarbeiteten Verfassungen durch die Wählerschaft angenommen und gleichzeitig die drei Landtage gewählt.

Gemäß der Proklamation des Generals MacNerney vom 1.3.1947 wurde die gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt den durch die Verfassung bestimmten Organen übertragen, mit folgenden Einschränkungen:

1. internationale Vereinbarungen, an denen die Vereinten Staaten beteiligt sind,
2. Viermächte-Gesetzgebung,
3. Befugnisse der Militärregierung zur Verwirklichung grundlegender Ziele der Besatzungspolitik.

Es zeigte sich jedoch bald, daß auch die Länder als Wirtschaftsräume betrachtet viel zu klein waren, so daß sich ein dringendes Bedürfnis nach wirtschaftlicher und ernährungspolitischer Kooperation der ganzen amerikanischen Zone notwendig macht. Zur Wahrnehmung dieser Funktionen wurde die Institution des Länderrates des amerikanischen Besatzungsgebietes geschaffen, der am 17. Oktober 1945 in Stuttgart seine erste konstituierende Sitzung abhielt.

Der Länderrat besteht aus den Ministerpräsidenten der drei Länder und dem Senatspräsidenten der Stadt Bremen. Für seine praktische Tätigkeit wurde lt. § 15 des Statutes ein Direktorium geschaffen, das aus je einem Sonderbeauftragten der einzelnen Länder für die Angelegenheit des Länderrates besteht. Aufgabe des Länderrates ist es:

- a) die über das Gebiet eines Landes hinausgehenden Fragen gemeinschaftlich zu lösen,
- b) Schwierigkeiten im Verkehr der Länder zu beseitigen,
- c) Angleichung auf dem Gebiet des politischen, sozialen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sicherzustellen.

Die Beschlüsse des Länderrates sind von den drei Ministerpräsidenten und dem Senatspräsidenten einstimmig zu fassen, wenn sie Gesetzeskraft erlangen sollen. Es handelt sich demnach bei dem Länderrat nicht um eine Art Parlament, das nach Mehrheitsbeschlüssen entscheidet, sondern um eine Art Konferenz der Ministerpräsidenten. Die Beschlüsse des Länderrates gelten als Gesetze für alle drei Staaten, soweit die Besatzungsmacht nicht ihr Veto einlegt und haben die Priorität vor den Beschlüssen der Landtage.

Es gibt drei Möglichkeiten für den Erlaß von Länderratsgesetzen:

1. Erlaß durch die Militärregierung nach Beschlußfassung oder Anhörung des Länderrates,
2. Erlaß durch die Ministerpräsidenten ohne Zustimmung des Landtages,
3. unveränderte Annahme des Landerratesgesetzes in den Landtagen.

Um den Länderrat unter eine gewisse parlamentarische Kontrolle zu stellen, kam aus den Parlamenten die Anregung, einen "parlamentarischen Beirat" zu schaffen. Die Ministerpräsidenten stimmten dieser Anregung zu und fügten den Statut des Länderrates einen § 15a an, der die Bildung eines solchen Beirates bestimmt. Auch die Militärregierung genehmigte nach anfänglichen Bedenken unter der Bedingung, daß ihm keine beschließende, sondern nur beratende Funktionen eingeräumt werden, die Bildung des Beirates. Dieser kann den Länderrat nur "Empfehlungen" geben. Der parlamentarische Beirat setzt sich wie folgt zusammen:

	SPD	CSU und ODU	KPD	LDP	FDP	WAF	DVP	EDV
<u>Bayern</u>	2	3	4	-	1	1		
<u>Hessen</u>	3	2	1	1				
<u>Württemberg-Baden</u>	2	3	1				1	
<u>Bremen</u>	2	-	-					1

Der parlamentarische Beirat nimmt nach § 15 des Länderratsstatutes Stellung zu

- allen Entwürfen von Gesetzen und Rechtsverordnungen, die dem Länderrat vorgelegt werden,
- Kontrollratsmaßnahmen, die dem Länderrat durch das Coordinating-Office vorgelegt werden,
- Fragen von grundsätzlicher politischer Bedeutung.

Die Vorlagen werden ihm durch den Generalsekretär des Länderrats zugeleitet, nachdem das Direktorium vorher dazu Stellung genommen hat. Der parlamentarische Beirat verfährt folgendermaßen:

Die Vorlagen werden in einer Sitzung des parlamentarischen Rates durchgearbeitet und darüber eine Empfehlung beschlossen (Annahme, Ablehnung oder Bedenken und welche). In Fraktionssitzungen wird versucht, eine einheitliche Stellung unserer Partei für alle Länder zu erzielen. Da jedes Land nur eine Stimme hat, müssen sich die Vertreter des Landes auf ein einheitliches Votum einigen. Dies geschieht, indem sich die Vertreter der die Regierungskoalition tragenden Parteien eines Landes einigen und einem Vertreter die Stimmabgabe für das Land übertragen. Das Votum des parlamentarischen Rates muß genau wie das des Länderrates selbst einheitlich sein, so daß sich auch die Vertreter der einzelnen Länder einigen müssen.

Nach Beschlußfassung im parlamentarischen Rat findet die öffentliche Sitzung des Länderrates statt, in der die Ministerpräsidenten als beschließende und der parlamentarische Beirat als beratende Mitglieder anwesend sind. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung beschließen die Ministerpräsidenten über die Vorlagen. All diese Institutionen und Körperschaften können nur zeitbedingt sein. Ihnen muß Deutschlands wirtschaftliche und politische Einheit folgen, die sich auf bundesstaatlicher Grundlage aufbauen muß. Von dieser Auffassung ist die Sozialdemokratische Partei Süddeutschlands und sind alle ihre führenden Mitglieder in den einzelnen Länderregierungen wie im Länderrat durchdrungen.

### Frankreich und die deutsche Einheit

Von unserem französischen Korrespondenten Alfred Frisch-Paris

Frankreich sieht in der Zerschlagung der deutschen Einheit eine Gewähr für seine zukünftige Sicherheit. Es hat nicht vergessen, daß Bismarck im Kriege gegen Frankreich die deutsche Einigung verwirklicht hat. Die Bildung einer Reihe unabhängiger deutscher Länder würde jenseits des Rheines als die Ideallösung angesehen werden. Da sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht durchzuführen ist, erstrebt man die weitestgehende politische Dezentralisierung und die Schwächung der

Zentralregierung zu Gunsten der Länder. Man hofft so, einen neuen deutschen Angriffskrieg zu erschweren.

Es hat natürlich nicht an Stimmen gefehlt, die darauf hingewiesen haben, daß das deutsche Volk einen ihm auferlegten Föderalismus nicht anerkennen und alles unternehmen werde, um seine zerstörte Einheit wieder herzustellen. Hierauf wird jetzt offiziös geantwortet, daß dies nicht ausgeschlossen sei, Deutschland jedoch dann 10 oder gar 20 Jahre mit seinem inneren Zusammenschluß beschäftigt sei und so erst 10 bis 20 Jahre später mit der Vorbereitung eines neuen Angriffskrieges beginnen könne. Diese Einstellung erklärt sich durch das tiefe Mißtrauen, von dem fast alle Franzosen Deutschland gegenüber durchdrungen sind und durch den Willen, unter allen Umständen das Land vor einem weiteren deutschen Überfall zu bewahren.

Die föderalistische Lösung wird von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, vertreten. Die Meinungen schwanken jedoch vom lösen Staatenbund bis zum Bundesstaat amerikanischer Prägung. Die Sozialisten neigen zur letzteren Form, während die äußerste Rechte, eingedenk der Tradition Poincarés und Clémenceaus, dem Staatenbund vorzieht. Die Republikanische Volkspartei folgt dem von dem ihr angehörenden Außenminister Bidault eingeschlagenen Mittelweg. Es ist interessant, daß die Sozialisten, und neuerdings auch die Republikanische Volkspartei, im deutschen Föderalismus eine Vorstufe zur Bildung einer europäischen Föderation sehen. Es handelt sich hier um eine Art von Glaubensbekenntnis, das bis jetzt noch nie logisch begründet wurde.

Die Französischen Kommunisten verlangen den zentralisierten deutschen Einheitsstaat. Sie sind in dieser Frage der Politik der Sowjetunion gefolgt, ohne wohl recht zu wissen weshalb. Da die französische Öffentlichkeit für einen deutschen Zentralismus sehr wenig Verständnis hat, waren die Kommunisten in allgemeinen in diesem Punkt recht zurückhaltend. Es sei noch bemerkt, daß nach der Meldung eines französischen Journalisten Stélin Bidault bei ihrer Unterredung gesagt habe, seines Erachtens würde von einer föderalistischen Struktur in Deutschland schon nach fünf Jahren nichts mehr übrig bleiben.

Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß Frankreich in der Frage der deutschen Staatsform eine Reihe von Zugeständnissen machen wird. Es wird allerdings nie zur Bildung eines zentralisierten Einheitsstaates seine Zustimmung geben. Man kann jedoch annehmen, daß es schließlich den englischen Plan, der eine starke Verwaltungsdezentralisation vorsieht, sowie eine gewählte Volksversammlung für ganz Deutschland und schließlich eine mit nicht unbedeutenden Machtbefugnissen ausgerüstete Zentralregierung, billigen wird. Es ist aber wichtig, zu wissen, daß die staatliche Struktur Deutschlands für Frankreich geringere Bedeutung hat als die Kohlenlieferungen und die Kontrolle der deutschen Industrie. Der Moskauer Berichterstatter der linksstehenden Zeitung "Franc Tireur" hat diesen Fragenkomplex im folgenden Satz zusammengefaßt:

"Wird die französische Delegation durch den Verzicht auf die Starrheit ihrer Formulierungen einen Weg finden, um, im Rahmen einer gewissen politischen Einheit, die Herstellung eines Mindestmaß von wirtschaftlicher Einheit zu erleichtern, und so unserem Lande zu ermöglichen, an den Bodenschätzen des Ruhrgebietes und an ihrer Verwertung teilzunehmen, ohne die wertvolle, sowjetrussische Freundschaft zu verlieren?"

#### Sicherung der Hausbrandversorgung

H.K. Als die Sozialdemokratie in die Wirtschaftsministerien und das bizonale Amt ging, tat sie es zur Sicherung der unmittelbaren Lebensinteressen des deutschen Volkes. Allen Beteiligten war klar, daß diese Lebensinteressen von innen und außen schwer bedroht sind und daß sie unter den Umständen eines von den Siegern besetzten Landes nur schwer zu verteidigen sein würden. Wenn man aber das eigene Volk nicht

zum Spielball aller möglichen Interessenten werden lassen wollte, nachdem es die Nazis auf Gnade und Ungnade und nach Zerstörung aller Reserven den Siegermächten ausgeliefert hatten, mußten diese Lebensnotwendigkeiten vertreten werden ohne Rücksicht auf die eventuellen Folgen für die Partei.

Eine der wichtigsten Forderungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik war die Sicherung der Hausbrandversorgung. Sie wurde erhoben in der festen Überzeugung, daß unser Volk nicht noch einen solchen Winter ertragen kann, wie er jetzt hinter uns liegt. Es würde sonst körperlich und moralisch zusammenbrechen. Die Verantwortung für die Kohlenverteilung ist von den Besatzungsmächten dem Verwaltungsrat übertragen worden. Deshalb haben die sozialdemokratischen Wirtschaftsminister der Länder der britischen und amerikanischen Zone, die den Verwaltungsrat der Wirtschaft bilden, sofort Maßnahmen zur rechtzeitigen Sicherung der Hausbrandversorgung getroffen. In dem von ihm aufgestellten Verteilungsplan ist die Hausbrandversorgung ab sofort mit 900 000 Tonnen Kohle eingesetzt worden. Die Wirtschaftsminister sind nämlich der Ansicht, daß von einer einigermaßen erträglichen Versorgung erst dann geredet werden kann, wenn pro Kopf des Versorgungsberechtigten sechs Zentner Kohle zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sind sie der Meinung, daß diese Kohlenmengen während des ganzen Jahres abgezweigt und verteilt werden müssen, da es anders, vor allem unter den heutigen Verkehrsverhältnissen, unmöglich ist, die erforderlichen großen Mengen dem Verbraucher rechtzeitig zuzuführen.

Vielleicht gibt es gegen diese Planung der Sozialdemokraten von gewissen Seiten Widerstände. Man wird darauf hinweisen, daß durch die Hausbrandversorgung in dem vorgesehenen Umfang Kohlen beansprucht werden, die auch in der Industrie gut gebraucht werden könnten. Das ist zweifellos richtig. Aber nach sozialdemokratischer Auffassung muß man bei allen Fragen der Wirtschaft vom Menschen ausgehen und sich an seinen Lebensbedürfnissen orientieren. Deshalb kommt es in erster Linie darauf an, das Lebensnotwendige bereitzustellen, damit das Leben weitergeht, und ein Minimum an Wärme gehört nun einmal dazu, wenn ein Volk am Leben bleiben soll. Für ein sterbendes Volk braucht man ohnehin keine industrielle Produktion mehr.

#### Hollands Stellung in Westeuropa

Von unserem holländischen Korrespondenten Walter v. Sass

Amsterdam, Mitte April 1947

„Die Tür bleibt offen nicht nur für die Belgier und Holländer, sondern auch für unsere Alliierten, Polen und die Tschechoslowakei, mit denen wir schon lange verbündet sind. Frankreich will mit diesen Ländern gemeinsam die Brücke wieder aufbauen, die von Westen nach Osten führen soll, entsprechend der Charta der Vereinigten Nationen“. So erklärte bald nach dem Abschluß des englisch-französischen Bündnisses der französische Außenminister Bidault.

Seit damals soll sich nun, sicheren Vernehmen nach, die holländische Regierung im Einvernehmen mit ihrer Pariser Botschaft mit der eingehenden Prüfung der Möglichkeiten und Folgen künftiger Schritte in der von Bidault angedeuteten Richtung befassen. Dabei mag die Anspielung des französischen Außenministers auf eine bereits erreichte Übereinstimmung zwischen den künftigen Vertragspartnern nach Meinung der holländischen Presse vielleicht als ein wichtiger Fingerzeig dienen.

In der holländischen Öffentlichkeit ist die Erklärung Bidaults, ebenso wie die Unterzeichnung des gegen die deutsche Gefahr gerichteten anglofranzösischen Allianzvertrages wohl vor allem deshalb aufrichtig begrüßt worden, weil auch und gerade in Holland die Möglichkeit eines Wiederauflebens dieser deutschen Gefahr nicht verneint wird und man daher im Hinblick auf die nahe deutsche Nachbarschaft und die durch den letzten Krieg geschlagenen tiefen Wunden jeder gemeinsamen Aktion zu-

stimmen will, die von vornherein Schutz und Sicherheit gegen mögliche Angriffspläne eines wiederauflebenden Deutschlands bedeuten würden.

In diesem Zusammenhang liefert eine Denkschrift des holländischen Außenministeriums einen sehr aufschlußreichen Kommentar. In ihr wird eingangs hervorgehoben, daß der Plan zur Bildung einer westeuropäischen Föderation trotz aller guten Absichten ungewünschte Reaktionen zur Folge haben könnte. Trotzdem, so heißt es weiter, sollte man die Augen vor der Möglichkeit einer Entwicklung in der Richtung der Bildung regionaler Gruppierungen nicht verschließen, wobei die kleineren Staaten, ohne sich ihrer Souveränität zu begeben, mehr oder minder das Übergewicht einer Großmacht anerkennen müßten, die dazu aus bestimmten Gründen besonders geeignet erscheine.

Diese Gruppierungen bräuchten zweifellos nicht zu einer Blockbildung zu führen in dem Sinne, daß sie die bestehenden Gegensätze fort dauern lassen und sie vielleicht sogar verschärfen. Fürs erste, so wird ausdrücklich betont, sehe Holland sich noch nicht vor die Frage gestellt, sich einer solchen Gruppierung anzuschließen. Jeder Exklusivismus sei jedoch nach Meinung der holländischen Regierung vom Uebel. Hollands Politik dürfe daher auch in keinem Fall zu einer Vernachlässigung der Handelsbeziehungen zu den osteuropäischen Staaten führen. Im übrigen wolle Holland das Hinzutreten von neutralen Staaten zur Organisation der Vereinten Nationen nach Möglichkeit unterstützen und ebenso der besiegten Länder, sobald es feststehe, daß der demokratische Gedanke in diesen Ländern tatsächlich Wurzel gefaßt habe.

Im Rahmen der Mitgliedschaft Hollands zu der Organisation der Vereinten Nationen ergäben sich nun zwei Möglichkeiten: entweder die Beibehaltung einer selbständigen Politik, die jetzt nicht mehr durch die Gleichgewichtspolitik der Großmächte gestützt werde, oder eine Politik, die Anlehnung an eine Großmacht sucht, wobei im Zusammenhang mit der Frage der Bildung regionaler Gruppierungen hinzugefügt wird, daß die letztere Politik allerdings schon seit einem Jahrhundert der holländischen politischen Linie nicht mehr entspräche.

### "Vergeltung für Rotterdam"

Holland fordert internationalen Prozeß

von unserem Korrespondenten v. S. Amsterdam, April 47

Die holländische Regierung hat im Zusammenhang mit dem Bombardement auf Rotterdam bei der Alliierten Kommission für Kriegsverbrechen einen internationalen Prozeß beantragt. Diese Forderung ist bei einigen alliierten Autoritäten in London auf Widerstand gestoßen, da das Bombardieren von Städten, abgesehen von der Barberei, an sich kein Verbrechen darstelle. Die Frage soll bereits wiederholt und eingehend erörtert, aber nicht gelöst worden sein, da Holland auf seiner Forderung bestehe. Wie das Amsterdamer Blatt "de Volkskrant" hervorhebt, hätten die holländischen Vertreter den Juristen in Nürnberg zufolge erklärt, daß die Deutschen die schlimmste Art von Betrug verübt hätten, als sie Rotterdam bombardierten. Drei Stunden vorher habe Hitler erklärt, daß die Stadt bombardiert werden würde, falls nicht alle militärischen Einrichtungen entfernt seien. Aber bereits zweieinhalb Stunden nach dieser Warnung sei die deutsche Luftwaffe über der Stadt erschienen, als die Holländer noch damit beschäftigt waren, Rotterdam zu einer offenen Stadt zu machen.

Auf Grund der holländischen Forderungen nach einem internationalen Prozeß befinden sich die englischen und amerikanischen Mitglieder der Kommission für Kriegsverbrechen nach Meinung des "Volkskrant" in einer schwierigen Lage. Sowohl die Juristen als auch die Militärs hätten darauf hingewiesen, daß es zweifelhaft erscheinen müßte, ob das Bombardieren von Städten strafbar sei. Die deutschen Städte, die von englischen und amerikanischen Flugzeugen angegriffen wurden, seien größten-

teils vernichtet worden. Es seien zwar meistens militärische Ziele gesucht, aber im Zuge der sehr umfangreichen Angriffe auch solche Gegenden bombardiert worden, wo militärische Ziele nicht vorhanden waren.

### Nezi-Säuberung in Eire

Eine böse Überraschung erlebten einige der vielen Nazis, die während des Krieges nach Eire geschmuggelt worden waren, um dort nationalsozialistische Propaganda und Spionage zu treiben. Während sie beim Frühstück in einem Dubliner Hotel saßen, wurden sie von Detektiven festgenommen und auf Anordnung de Valeras ins Gefängnis eingeliefert. Es handelte sich um den ehemaligen Schriftsteller Dr. Goertz, der 1940 im Fallschirm abgesetzt worden war; um Karl Anderson, der 1940 heimlich an der Küste bei Kerry an Land gegangen war; und um einen gewissen Hans Marchner, der ebenfalls illegal nach Eire gebracht worden war. Alle drei waren bereits während des Krieges verhaftet worden, aber im Herbst 1946 wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Sie sollen jetzt nach Deutschland zurücktransportiert und den Alliierten ausgeliefert werden. Der ehemalige deutsche Gesandte in Eire, Dr. Hempel, und die Mitglieder seines Gesandtschaftsstabes erfreuen sich dagegen weiterhin der Freiheit und des Gestrechtes in Dublin.

(b/B10/224/1/hs)

### Radio-Nervenkrieg im Südosten

Die sowjetische Antwort auf die Verköndung der amerikanischen Hilfe für Griechenland und die Türkei bestand bisher nur in einer verschärften Rundfunkhetze gegen die griechische Regierung in den aus Moskau für Griechenland gesendeten Nachrichten. Zur Abwehr dieser sowjetischen Rundfunkpropaganda haben sich die USA jetzt entschlossen, über den Relay-Sender München, der seit einiger Zeit Sendungen in russischer Sprache verbreitet, täglich 15 Minuten lang Nachrichten in griechisch und türkisch zu senden. Außerdem sind Sendungen in arabisch in Vorbereitung, um der sowjetischen Propaganda auch im Nahen Osten wirksam entgegenzutreten zu können.

(b/B10/224/1/hs)

### Bisher 440 deutsche Kriegsverbrecher an Holland ausgeliefert

v.S. Amsterdam, April 1947

Von den rund tausend Deutschen, die sich während der Zeit der Besetzung Hollands in militärischer Hinsicht verschiedener Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben, sind bisher 440 an Holland ausgeliefert worden. Da das holländische Strafgesetz die Aburteilung ausländischer Untertanen als Kriegsverbrecher bisher nicht vorsieht, wird dem Parlament demnächst ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der die notwendigen zusätzlichen Bestimmungen zum Strafgesetz enthält, so daß die Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher nicht mehr auf Hindernisse stoßen kann. Zu der Frage der deutschen Frauen, die während des Krieges holländische Männer in Deutschland geheiratet haben und inzwischen auf legalem oder illegalem Wege nach Holland gekommen sind, wird folgendes festgestellt: Wenn sich diese deutschen Frauen in politischer Hinsicht einwandfrei geführt haben, keine fanatischen Nationalsozialistinnen und an Kriegsverbrechen nicht beteiligt sind, werden sie unbehelligt in Holland bleiben können.